

EU und Iran mit Rettungsplan für Atomdeal

Beratungen über »praktische Lösungen« zur Abfederung von US-Sanktionen

Nach ersten Krisengesprächen am Dienstag wollten die EU-Staats- und Regierungschefs am Mittwochabend in Sofia beraten, wie das Atomabkommen mit Iran zu retten ist.

Von Martin Trauth, Brüssel

Die EU und Iran haben sich auf einen Arbeitsplan verständigt, um einen Erhalt des von den USA angekündigten Atomabkommens zu ermöglichen. Irans Außenminister Mohammed Dschawad Sarif sprach nach einem Treffen in Brüssel von einem »guten Start«. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini nannte die Gespräche »konstruktiv« und eine Reihe möglicher Schritte, um die Auswirkungen von wiedereingeführten US-Sanktionen auf die iranische Wirtschaft abzufedern.

Eine Woche nach dem von US-Präsident Donald Trump erklärten Ausstieg der USA kam Sarif in Brüssel mit den Außenministerin Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens zusammen. Sie sind Mitunterzeichner der Atomvereinbarung von 2015, die den Bau von Atomwaffen durch Teheran verhindern soll. Bundesaußenminister Heiko Maas sagte zum Auftakt des Treffens, »dass die Sicherheitsinteressen Europas durch dieses Abkommen unmittelbar tangiert sind«. Ohne das Abkommen werde es »mehr Unsicherheit, mehr Ungewissheit geben, wie die Entwicklung in Iran sowie im Nahen und Mittleren Osten sein wird. Und das wollen wir verhindern.«

Iran hatte den Europäern am Sonntag 60 Tage Zeit gegeben, um »Garantien« für die Fortführung der Vereinbarung abzugeben. Dabei geht es insbesondere um einen Ausgleich für wiedereingeführte US-Wirtschaftssanktionen gegen Teheran. Durch das Atomabkommen hätten Iran und seine Bevölkerung über die Aufhebung von Sanktionen nach 2015 »sehr klare wirtschaftliche Vorteile« erhalten, sagte Sarif. Es müsse nun geklärt werden, ob die verbleibenden Unterzeichner diese weiter garantieren könnten.

Gedacht sind laut Mogherini an »praktische Lösungen«, um die Wirkung der US-Sanktionen auszugleichen. An ihnen werde nun auf Expertenebene gearbeitet. Die Außenbeauftragte nannte unter anderem die »Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen mit Iran«, fortgesetzte Lieferungen im Öl- und Gasbereich, die weitere Möglichkeit von Banktransaktionen sowie die Aufrechterhaltung von Land-, Luft, See- und Bahnverbindungen. Ziel sei es, »in den nächsten Wochen« zu Ergebnissen zu kommen, sagte Mogherini. Allen Beteiligten sei aber klar, dass die Umsetzung »nicht leicht wird«. Denn die EU muss dabei auch ausloten, wie europäische Unternehmen sich weiter in Iran engagieren können, ohne selbst Ziel der US-Sanktionen zu werden. Mogherini wollte den Staats- und Regierungschefs beim EU-Gipfel am Mittwochabend in Sofia angedachte Lösungen vorstellen.

Ein hochrangiger EU-Vertreter verwies auf eine EU-Verordnung von 1996, die es europäischen Firmen verbieten würde, sich an die US-Sanktionen zu halten, und sie vor einem Vorgehen der US-Behörden schützen soll. Diese Lösung werde vor dem Gipfel bei der wöchentlichen Sitzung der EU-Kommission beraten, wie Mogherini bestätigte. Erwogen wird dem EU-Vertreter zufolge von einigen Mitgliedstaaten auch die Nutzung »spezieller Finanzinstrumente«, um weiter Geschäfte mit Iran abzuwickeln.

AFP/nd Kommentar S. 4

S.4 KOMMENTIERT

Raus aus der Trumpschen Sackgasse

Roland Etzel zum Tauziehen um das Iran-Atom-Abkommen

Die EU-Kommission ist bereit, ein Gesetz über die Abwehr von US-Sanktionen zu aktivieren. So lautete die gestrige Botschaft der Union aus Brüssel. Das ist eine gute Nachricht – für Trump. Denn die Absprache der EU von 1996, um eine eigenständige Handelspolitik gegenüber schon damals Iran, aber auch Kuba und Libyen praktizieren zu können, wurde nie angewendet. Er muss sie auch aktuell nicht fürchten. Zu wankelmütig präsentiert sich die ja auch in anderen Fragen tief zerstrittene Gemeinschaft, nennt das Iran-Atom-Abkommen, welches sie bislang als Spitzenergebnis der Weltdiplomatie lobte, jetzt ganz im Trumpschen Sinne »alles andere als ideal« (Merkel)

Das ist nicht das Zeichen, welches Iran motivieren könnte, auf europäische Vertragstreue zu bauen. Allein ist die EU dazu auch zu schwach. Aber es gibt ja noch mehr Partner dieses Abkommens, zum Beispiel Russland. Die deutsche Kanzlerin hat die Gelegenheit, am Freitag mit Gastgeber Putin, ungestört von törirchten anti-russischen Einreden ihres Außenministers, nach Wegen der Kooperation zu suchen. Das gemeinsame Ziel: Sich nicht erneut von Washington in die Sanktions-Sackgasse drängen zu lassen; im Interesse des Friedens im Mittleren Osten und – jawohl: auch das – für die Wirtschaftsinteressen Deutschlands und der EU. Es ist machbar.